

# Maßnahmen für die Sicherung der Stabilität der Währung

Bundes  
Arbeitskreis  
Christlich  
demokratischer  
Juristen

## Entschließung des BACDJ vom 10. Juni 2011

Der BACDJ begrüßt, dass Artikel 136 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union um einen Absatz ergänzt werden soll, der es den Euro-Mitgliedstaaten ermöglicht, einen Stabilisierungsmechanismus zur Sicherung der gemeinsamen Währung einzurichten. Ersichtlich soll dieser Krisenmechanismus nur Maßnahmen vorsehen, die bei einer auseinanderfallenden Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten die sich daraus ergebenden negativen Auswirkungen auf die Stabilität der gemeinsamen Währung im Falle einer eingetretenen oder unmittelbar bevorstehenden Krise zu bekämpfen suchen.

So sehr derartige Maßnahmen der Euro-Mitgliedstaaten – in Deutschland unter Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte des Bundestages – zur Bewältigung von Krisen erforderlich sind, müssen sie doch eine Ausnahme bleiben. Erforderlich ist vielmehr, im Rahmen der Europäischen Union Mechanismen vorzusehen, die derartige Krisen wenn nicht ausschließen, so doch unwahrscheinlich machen. Dies ist nach Auffassung des BACDJ möglich, wenn sich die Euro-Mitgliedstaaten – unter grundsätzlicher Wahrung ihrer nationalen Budgetkompetenz – zu einer die Stabilität der Währung sicherstellenden Wirtschafts- und Finanzpolitik verpflichten, deren Einhaltung von der Europäischen Kommission überwacht und durch Sanktionen sichergestellt wird. Dieses Ziel auf dem Wege völkerrechtlich begründeter Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten ohne verpflichtende Rechtsakte der Europäischen Union zu erreichen, ist nach Überzeugung des BACDJ letztlich nicht erfolgversprechend, gefährdet den Zusammenhalt in der Europäischen Union und vernachlässigt die Notwendigkeit europäischer demokratischer Legitimation.

Der BACDJ verkennt nicht die politischen und verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten einer derart weiterführenden Integration. Er hält es jedoch für geboten, die Diskussion hierüber schon jetzt offen und intensiv zu führen. Der BACDJ ist überzeugt, dass die Menschen in Deutschland und anderen Ländern der Europäischen Union mit ihrer Erfahrung der gegenwärtigen sog. Euro-Krise und ihrer Ablehnung einer Transfer-Union für eine solche Diskussion aufgeschlossen sind.